

Dresden hat sich verpflichtet, sein Kulturerbe zu schützen. Deshalb gefährdet die geplante Waldschlösschenbrücke Deutschlands Ansehen.

Ein Gespräch mit dem Bundestagsvizepräsidenten Wolfgang Thierse

DIE ZEIT: Herr Thierse, haben Sie in Dresden schon einmal derartig im Stau gesteckt, dass Sie sich eine zusätzliche Elbbrücke wünschten?

Wolfgang Thierse: Nein, denn die fünf vorhandenen Brücken erlauben relativ flüssigen Verkehr. Im Vergleich zu anderen berühmten alten Städten – etwa Paris, Prag oder Rom – ist die Verkehrssituation in Dresden sehr entspannt.

ZEIT: Vergangene Woche untersagte das Dresdner Verwaltungsgericht dem sächsischen Regierungspräsidium, den Baubeginn zu erzwingen.

Thierse: Das ist eine vernünftige Entscheidung, weil sie das Schaffen vollendeter Tatsachen verhindert. So gewinnt man Zeit für die Suche nach einem Kompromiss.

ZEIT: Viele Brückenbefürworter behaupten, es könne keine Kompromisse geben, nachdem der Bürgerentscheid zugunsten der Brücke ausfiel. Dem Stadtrat wird vorgeworfen, die Entscheidung des Bürgers als obersten Souveräns zu missachten. Darf man diesen Souverän nicht kritisieren?

Thierse: Ich habe selbstverständlich Respekt vor einem Bürgerentscheid, aber er legt ja nicht fest, welche Brücke genau gebaut werden soll, und er ist auch kein Beschluss für die Ewigkeit. Ich bezweifle, dass den Bürgern damals alle Konsequenzen ihrer Entscheidung bekannt waren. Deshalb ist die fortgesetzte Diskussion keineswegs undemokratisch. Selbst wenn man den Bürgerentscheid voll respektiert, bleiben drei Möglichkeiten. Erstens: Man kann einen neuen Entscheid anstreben. Zweitens: Man kann eine kleinere, bescheidenere Brücke bauen. Drittens: Man kann eine Tunnellösung erwägen.

ZEIT: Sehen Sie keine vierte Möglichkeit, nämlich den Verzicht auf die Brücke? Gerade hat die TU Dresden den Anstieg der innerstädtischen Verkehrsgeschwindigkeit seit 1998 um rund 10 Kilometer je Stunde auf knapp 29 belegt. Damit ist Dresden hinsichtlich seiner Autofreundlichkeit deutschlandweit Spitze. Die Notwendigkeit der neuen Flussquerung konnte nie nachgewiesen werden. Hinzu kommt, dass sie mit 157 Millionen Euro enorm teuer wäre und die Kommune chronisch pleite ist.

Thierse: Ich sage ja, dass man die Bürger vielleicht neu entscheiden lassen sollte. Damit sie aber frei urteilen, müssen sie die Fülle aller Informationen kennen. Ich habe nicht den Eindruck, dass das damals angestrebt wurde.

ZEIT: Die Waldschlösschenbrücke ist ein komplexer stadtplanerischer Fall. Man muss die Lage vor Ort genau prüfen, um etwa zu bemerken, dass der Verkehr hinter der Brücke nicht abfließen kann und Stau erzeugen würde. Ist ein Bürgerentscheid hier überhaupt das geeignete Instrument? Sollten nicht die gewählten Abgeordneten entscheiden, die ja den Auftrag haben, sich gründlich zu informieren?

Thierse: Das ist eine etwas akademische Frage. Denn der vorliegende Bürgerentscheid besitzt nun mal beträchtliche Rechtsverbindlichkeit. Ein Teil der Dresdner Politiker hat das Festhalten daran zur Prestigefrage gemacht. Sie lassen sich gar nicht auf sachliche Erwägungen ein. Aber genau das wünsche ich mir: Heraus aus den Schützengräben! Über die Sache diskutieren! Also über die Notwendigkeit dieser Brücke und über Konsequenzen für die Stadt, das Land, die Bundesrepublik insgesamt. Neuerdings werden Leute mit abweichender Meinung als undemokratisch beschimpft. Ich habe viel wütende Post bekommen, nur weil ich finde, dass Dresden mit Annahme des Welterbetitels akzeptiert hat, dass das Elbtal unser aller Einmischung zugänglich ist.

ZEIT: Als die Unesco das Elbtal auf ihre Rote Liste setzte, hieß es, das sei ein Angriff auf die Demokratie. Liegt die Chance der Demokratie nicht gerade darin, dass jede Entscheidung hinterfragbar ist? Getreu dem Brecht-Motto: »Wer A sagt, muss nicht B sagen. Er kann auch erkennen, dass A falsch war.«

Thierse: Ich glaube, der Präsident der deutschen Unesco-Kommission hat Recht, wenn er die Bundesrepublik an ihre völkerrechtliche Verpflichtung erinnert, die Verträge einzuhalten, die sie mit der Unesco geschlossen hat. Mit undemokratischem Verhalten hat das nichts zu tun. Aber wenn Dresden das Votum der Unesco missachtet, wird eine Bewerbung aus Deutschland

für lange Zeit keine Chance haben. Meines Wissens liegen allein aus Sachsen fünf Bewerbungen vor. Unterdessen reagieren immer mehr Menschen aus dem Kulturbereich außerordentlich beunruhigt. Das sollte doch dazu führen, die Waldschlösschenbrücke nicht rein formal, als eine Rechtsfrage zu behandeln. Hier ist unser kulturelles Ansehen in Gefahr. Das wunderbare Elbtal gehört nicht den Dresdnern allein, sondern der Nation, ja der ganzen Welt.

ZEIT: Die Unesco ist eine souveräne, überstaatliche Organisation, mit der die Bundesrepublik 1972 ein Abkommen geschlossen hat. Wann darf die Unesco einen Titel wieder aberkennen?

Thierse: Die Unesco hat auf die Bewerbung der Stadt Dresden und des Landes Sachsen hin dem oberen Elbtal diesen ehrenvollen Titel verliehen. Es ist ihres Amtes, die Erfüllung der Pflichten, die damit verbunden sind, zu prüfen. Denn er wird nicht folgenlos vergeben, sondern verpflichtet den Titelträger, das Weltkulturerbe vor Schaden zu schützen. Das Beispiel Köln hat gezeigt, dass man auf Warnungen der Unesco reagieren kann.

ZEIT: Deutschland ist das Mutterland des Denkmalschutzes. Muss erst die Unesco uns daran erinnern?

Thierse: Die demonstrative Missachtung der Pflicht zur Pflege des Kulturerbes widerspricht unserem Selbstverständnis und – wie ich bisher meinte – gerade dem der Dresdner. Als DDR-Bürger war ich immer voller Bewunderung für sie, weil sie über 40 Jahre SED-Herrschaft hin eine außerordentliche Kunstsinnigkeit verteidigten. Jetzt soll der Verkehr wichtiger sein als die Kultur, für die die Stadt weltberühmt ist. Dieser Paradigmenwechsel ist ein beunruhigendes Zeichen für die Entwicklung Deutschlands.

ZEIT: Wie viel Rücksicht darf man in Zeiten sozialer Probleme auf Kultur nehmen? Die Brücke würde ja Arbeitsplätze schaffen.

Thierse: Die Brücke schafft keine Arbeitsplätze über den Zeitraum ihres Baus hinaus, kann aber langfristig Dresdens Anziehungskraft für Touristen schwächen. Die Stadt gehört zu den größten Attraktionen Deutschlands. Wenn unser Ruf als Kulturland beschädigt wird, gefährdet das Arbeitsplätze.

ZEIT: Ist der Fall Dresden exemplarisch für die wachsende Spannung zwischen ökonomischem Entwicklungsdruck und kulturellem Bewahrungswunsch?

Thierse: Ich glaube nicht an diesen Widerspruch. Kultur ist ein außerordentlicher Wirtschaftsfaktor.

Es geht nicht um Alt gegen Neu oder um die Bewahrung von etwas Vergangenenem, sondern um seine Vergegenwärtigung als Teil lebendigen sozialen und wirtschaftlichen Lebens.

ZEIT: Diese Sicht der Dinge hat sich nach der Wende in Ostdeutschland nicht überall durchgesetzt. Man sieht es am Phänomen der Investorenarchitektur und der zubetonierten Wiesen.

Thierse: Es hängt von Bürgern und politisch Verantwortlichen einer Stadt ab, ob sie begreifen, dass das Bild ihres Gemeinwesens entscheidend dafür ist, wie wohl sich die Menschen fühlen und ob Besucher kommen. Wenn man sieht, wie viele Menschen in Ausstellungen und zu Theaterfestivals strömen, weiß man, dass Kultur etwas Zukunftsträchtiges ist. Sie ist nicht das Überflüssige, sondern ein Lebensfaktor mehr denn je.

ZEIT: Manche Dresdner fürchten, die Fördermittel des Landes zu verlieren, wenn sie nicht rasch bauen.

Thierse: Es ist eine Entscheidung des Landes, wofür es Geld gibt, und eine der Stadt, wofür sie es annimmt. Es war heuchlerisch von der sächsischen Landesregierung, zu behaupten, das sei eine rein städtische Angelegenheit, erst recht, das weiter zu behaupten, wenn das Regierungspräsidium den Fall an sich zieht. Es stimmt nicht, wenn Herr Milbradt sagt, das Regierungspräsidium handle nur nach Recht und Gesetz. Er hat eine weit über Dresden hinausgehende Verantwortung, und ich bitte ihn sehr, sich dieser angemessen zu verhalten.

ZEIT: Wie kann in solch prinzipieller Frage eigentlich Dissens zwischen Stadt und Land bestehen? Zum Runden Tisch mit der Unesco vergangenen Dienstag erschien kein Vertreter der Landesregierung. Ist das Ausdruck demokratischer Meinungsfreiheit oder parteipolitischer Konkurrenz zuungunsten eines öffentlichen Interesses?

Thierse: Die Differenz besteht nicht zwischen Stadt und Land, sondern zwischen einem Teil der Stadtpolitik, dem Regierungspräsidenten, dem Ministerpräsidenten einerseits und andererseits der Mehrheit des Stadtparlamentes, einem Teil der Dresdner Bürgerschaft sowie einer eben nicht parteipolitisch zuordenbaren öffentlichen Meinung in Deutschland. Viele Persönlichkeiten unterschiedlichster politischer Provenienz haben an Dresden appelliert, nicht zu bauen. Nehmen Sie das Meinungsbild in den deutschen Zeitungen: Von der FAZ bis zur taz gibt es Kritik am Brückenprojekt. Aber die Dresdner CDU kann von der Palme, auf die sie hochgeklettert ist, nicht mehr

runter. Ich hoffe deshalb, dass die Bundespolitik sich in diesen Streit einmischt.

Das Interview führte Evelyn Finger

Am Anfang ging es um eine Brücke, mittlerweile geht es ums Prinzip: Wird Dresden sein Elbtal durch eine neue Verkehrsquerung zerschneiden und seinen Weltkulturerbetitel verlieren? Seit mehr als zehn Jahren wird über das Bauprojekt Waldschlösschenbrücke gestritten. 2004 lehnte der Stadtrat es ab. 2005 stimmten die Bürger in einem Bürgerentscheid dafür. Im Juni 2006 setzte die Unesco das Elbtal auf die Rote Liste des bedrohten Erbes. Deshalb weigerte der Stadtrat sich, die Bauaufträge zu vergeben. Das sächsische Regierungspräsidium aber will den Baubeginn erzwingen – was ihm vergangene Woche vom Dresdner Verwaltungsgericht untersagt wurde. Nun kommt der Casus vors Obergerverwaltungsgericht

DIE ZEIT Nr. 37 vom 7. September 2006